Kreis Segeberg
KREISTAGSBÜRO

Niederschrift

25. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 22.01.2015
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:35 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Henning Wulf	
Frau Doris Grote	
Frau Edda Lessing	
Herr Claus Peter Dieck	
Herr Ole-Christopher Plambeck	
Herr Hans-Jürgen Scheiwe	
Herr Tobias Köpke	
Frau Rita Marcussen	
Frau Cordula Schultz	Vertretung für: Herrn Säker, Peter 1. stv. Kreispräsident
Frau Maren Berger	ab 19:05 Uhr
Herr Dr. Eberhard Krauß	
Herr Wolfgang Schnabel	
Herr Toni Köppen	
Herr Holger Weihe	Vertretung für: Herrn Kittler, Heinz-Michael
Frau Anke Pawlik Kreisseniorenbeirat	
Herr Kurt Barkowsky	KT-Abg. als Gast
Herr René Bülow	KT-Abg. als Gast
Herr Winfried Zylka Kreispräsident	KT-Abg. als Gast
Herr Gerd-Rainer Busch	KT-Abg. als Gast
Herr Arne Hansen	bis 19:05 Uhr Vertretung für: Frau Berger, Maren; ab 19:05 Uhr KT-Abg. als Gast
Frau Rosemarie Jahn	KT-Abg. als Gast
Frau Katharina Loedige	KT-Abg. als Gast
Herr Fiesinger Geschäftsführer des Vereins VJKA	ab 18:20 Uhr bis 18:40 Uhr
Herr Graumann Geschäftsführer WKS	ab 18:55 Uhr bis 19:20 Uhr
Herr Kretschmer Verbandsvorsteher WZV	bis 18:20 Uhr
Herr Landrat Schröder	

Herr Dr. Hoffmann FBL Soziales, Jugend, Bildung
Herr Schröder FBL Ordnungswesen und Straßenverkehr
Herr Hilmer FDL Personal und Organisation
Frau McGregor FDL Finanzen
Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung
Frau Moser Beteiligungsmanagement
Frau Harder Protokollführerin

Abwesende:
Herr Peter Säker
Herr Heinz-Michael Kittler

Tagesordnung:

(öffentlich)

1 Einwohnerfragestunde I

2 Formalien

2.1 Genehmigung der Tagesordnung

2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.10.2014

2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.12.2014

2.4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.12.2014

3 Beratung und/oder Beschlussfassung

3.1 Zuständigkeit für die Überwachung des fließenden Verkehrs im Kreis Segeberg

4 Berichte/Informationen

4.1 Informationen des Landrates

4.2 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

5 Verschiedenes

5.1 Anfragen

5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

6 Einwohnerfragestunde II

Die folgenden Tagesordnungspunkte werden nach Maßgabe der Beschlussfassung durch den Ausschuss voraussichtlich nicht öffentlich behandelt.

7 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises/Arbeitskreis Beteiligungsmanagement

8 WKS GmbH (Jahresabschluss 2013, Nachtragswirtschaftsplan 2014, Wirtschaftsplan 2015)
Vorlage: DrS/2014/244

9 Ausschüttungen WKS GmbH und KSB GmbH (für 2013)
Vorlage: DrS/2014/240

10 Wirtschaftsplan 2015 und Nachtrag Wirtschaftsplan 2014 der KSB GmbH
Vorlage: DrS/2014/243

11 Stellvertretende Verwaltungsratsmitglieder BBZ Bad Segeberg AöR und BBZ Norderstedt AöR
Vorlage: DrS/2014/241

12 Ruhegehaltfähige Dienstzeit des Landrates Jan Peter Schröder
Vorlage: DrS/2015/001

13 Externe Beratung Zins- und Schuldenmanagement
Vorlage: DrS/2015/020

Protokoll:
Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.
Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende schlägt vor, zu Beginn der Beratungen die Berichte von Herrn Kretschmer über die Gelben Säcke sowie Herrn Fiesinger über den Zeltplatz in Bad Segeberg einzufügen. Als letzten Punkt der Beratungen soll das Berichtswesen aufgenommen werden. Des Weiteren erklärt der Vorsitzende, dass alle TOP öffentlich behandelt werden sollen, wenn keine Detailfragen gestellt werden.
Herr Dieck ergänzt, dass die CDU-Fraktion im Vorhinein zwei Anträge vorbereitet und dem Ältestenrat vorgestellt habe. Hier habe Einvernehmen geherrscht und die Anträge sollten als Grundlage für die zukünftige Arbeit dienen. Der Landrat habe mitgeteilt, dass diese bereits abgearbeitet werden würden, weshalb die Anträge heute nicht behandelt, sondern an das Protokoll angehangen und vorab per Mail verschickt werden sollen.
Da der Ausschuss keinen Widerspruch gegen die geänderte Tagesordnung erhebt, gilt diese als genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.10.2014

Die Niederschrift wird ohne Gegenstimmen genehmigt.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.12.2014

Die Niederschrift wird ohne Gegenstimmen genehmigt.

zu 2.4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.12.2014

Der Vorsitzende erklärt, dass der zweite Absatz zum TOP 7.1 nicht richtig sei. Die Besitzstandswahrung gelte lediglich für Herrn Mozer und Herrn Anders.
Mit dieser Änderung wird die Niederschrift genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Bericht Herr Kretschmer zum Gelben Sack

Herr Kretschmer äußert sich zu der Problematik, dass in 2014 zu wenig gelbe Säcke vorhanden gewesen seien. Zunächst stellt er klar, dass im dualen System die Firma Gollan den Auftrag für das Einsammeln der gelben Säcke im Kreis Segeberg erhalten habe. Eine Zuständigkeit des WZV bestehe nicht. Der WZV habe sich erkundigt und erfahren, dass derzeit die Auslieferung der gelben Säcke aufgrund der erhöhten Nachfrage Schwierigkeiten bereite. Trotz einer anschließend erhöhten Anzahl, habe es weiterhin Auslieferungsschwierigkeiten in den Verteilungsstationen gegeben, da das vorhandene Material wieder schnell vergriffen gewesen sei. Der WZV werde sich in Zukunft intensiv nach der Auslieferung erkundigen. Des Weiteren fügt Herr Kretschmer hinzu, dass sich die 100 Verteilungsstellen nach den derzeitigen Planungen nicht reduzieren werden.

In der kommenden Sitzung des UNK-Ausschusses werde er detaillierter über die Wertstoffsammlung berichten.

zu 3.2 Bericht Herr Fiesinger zum Zeltplatz in Bad Segeberg

Herr Fiesinger erläutert dem Ausschuss, dass der Zeltplatz am Großen Segeberger See zur Disposition stehe und der VJKA eine Anfrage der Stadt Bad Segeberg erhalten habe, den Platz zu übernehmen. Der VJKA habe sich daher Gedanken gemacht, ob dieser Platz parallel zu dem in Wittenborn und auch z.B. für städtische Belange und Kindertagesstätten genutzt werden könne. Bisher habe es nur einen Informationsaustausch aber keinen offiziellen Termin mit der Stadt gegeben. Der Platz sei allerdings sehr verwahrlost, weshalb hohe Sanierungs- und Aufbaukosten auf den Verein zukommen würden. Diese seien für den Verein nicht leistbar, weshalb in der kommenden Woche ein Gespräch mit Holsteins Herz stattfinden solle. Sollten diese an einer Finanzierung nicht interessiert sein, werde Herr Fiesinger dem Vorstand vorschlagen, der Stadt mitzuteilen, dass kein Interesse bestehe.
Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt Herr Fiesinger, dass eine Übernahme des Platzes das Vertragsverhältnis zum Kreis nicht tangiere, da die mögliche Absicht satzungskonform sei, da das Angebot lediglich erweitert werde. Eine erhöhte Zuschusspflicht ergebe sich nicht.

zu 3.3 Zuständigkeit für die Überwachung des fließenden Verkehrs im Kreis Segeberg

Der Vorsitzende verweist auf den in der Sitzung am 04.12.2014 verteilten und jetzt erneut anhängenden Vermerk und stellt die Frage, ob der Landrat das Mandat erhalten soll, entsprechende Gespräche mit dem Oberbürgermeister der Stadt Norderstedt zu führen.
Frau Lessing erklärt, dass ihrer Fraktion der Lärmschutz – auch außerhalb von Norderstedt – wichtig sei und spricht daher für die Gespräche aus. Ihr sei es aber wichtig, dass vom Kreis auch ein Konzept erstellt werde, wie der Lärmschutz außerhalb von Norderstedt erreicht werden könne. Der Landrat erklärt, dass der Lärmschutz insbesondere in Norderstedt ein zentrales

Thema sei, weshalb er den Kreistag vorschlage, sich damit zu beschäftigen und eine öffentlich rechtliche Vereinbarung zu verhandeln. Dies habe für beide Seiten Vorteile. Der Kreispräsident ergänzt, dass zunächst eine Regelung für Norderstedt sinnvoll sei, da es sich um die einzige große kreisangehörige Stadt handle. Frau Grote äußert, dass es sich um eine gute Sache für den Kreis handle, dass hierdurch freie Kapazitäten und ein Musterkonzept entstehen würden. Anschließend sprechen sich auch Herr Dieck, Herr Schnabel und Herr Hansen dafür aus, dass der Landrat die Gespräche mit der Stadt Norderstedt aufnehmen könne. Der Vorsitzende stellt diesen Beschluss daraufhin zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:
Der Hauptausschuss beauftragt den Landrat, die Gespräche mit dem Oberbürgermeister der Stadt Norderstedt im Sinne des Vermerks zu führen.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich
Zustimmung: 11 Ablehnung: 1 Enthaltung: -

zu 3.4 Berichtswesen

Der Vorsitzende erklärt, dass bereits vor Jahren vom Kreistag ein Berichtswesen beschlossen worden sei. Dieses solle entsprechend seinem anhängenden Vorschlag verschlankt werden. Herr Dieck ergänzt, dass die Beschlusskontrolle erneut aufgegriffen werden müsse und die Berichte kurz und präzise zu halten seien. Der Ausschuss einigt sich darauf, die Verwaltung um die Fertigung einer beschlussreifen Vorlage zu bitten, die einen Vorschlag für den Kreistag über den Haupausschuss darstelle.

zu 4 Berichte/Informationen

zu 4.1 Informationen des Landrates

Zunächst berichtet der Landrat zur mündlichen Urteilsbegründung zum OVG-Urteil zu den Windenergieflächen im Regionalplan, dass die Teilfortschreibung der Regionalpläne I und III zur Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung aufgrund von Verfahrensfehlern und erheblichen Abwägungsmängeln unwirksam sei. Die Entscheidung habe zur Folge, dass z. Zt. keine planerische Steuerung der Zulässigkeit von Windkraftanlagen gegeben sei. Um künftig wieder eine planerische Steuerung zu erreichen, sei denkbar, dass die Landesplanungsbehörde das Verfahren zur Ausweisung von Windenergieeignungsflächen wiederhole oder dass die Gemeinden eine gewisse Steuerung über ihre Flächennutzungsplanung für ihr Gemeindegebiet vornehmen. Der ausführliche Vermerk hängt dem Protokoll an.

Des Weiteren lägen jetzt Hinweise des Innenministeriums zur Auslegung des Informationszugangsgesetzes vor. Dieses betreffe die Neufassung des Artikels 35 „Transparenz“, wonach amtliche Informationen zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Hinweise sind dem Protokoll angefügt.

Anschließend erklärt der Landrat zu dem Presseartikel der Lübecker Nachrichten vom 20.12.2014 mit der Überschrift „Rüffel aus Kiel für Segebergs Ausländeramt“, dass es sich bei der als „Rüffel“ bezeichneten Rückmeldung des Innenministeriums um den Erlass aus August 2014 handle, wonach lediglich an einer Stelle eine andere Rechtsauffassung des Innenministeriums vorliege. Danach hielte das Innenministerium zunächst eine angekündigte Abschiebung für das angemessene Mittel und nicht wie hier vorgesehen die unangekündigte Abschiebungsmaßnahme. Alle anderen getroffenen Maßnahmen der Ausländerbehörde seien angemessen oder weitere Vorwürfe nicht belegbar gewesen.
In Zukunft dürften unangekündigte Maßnahmen allerdings landesweit nur noch mit Zustimmung des Innenministeriums durchgeführt werden.

Auf die Information des Landrates, dass der Kreis Herzogtum-Lauenburg angefragt habe, ob

Interesse an einer kreisübergreifenden Verwaltungskooperation gemeinsam mit dem Kreis Stormarn bestehe, wobei die genauen Themen noch nicht bekannt seien, erklärt der Ausschuss, dass dies in der Vergangenheit bereits angedacht gewesen, aber letztlich nicht durchgeführt worden sei. Generell bestehe auf Seiten des Kreises heute wie damals Interesse, allerdings würden erst dann Bemühungen gestartet werden, wenn die Ernsthaftigkeit der anderen Kreise feststehen würde.

Zu den anstehenden Haushaltsberatungen informiert der Landrat über den Vorschlag der Verwaltung, die Budgets der Fachbereiche L und I in der Hauptausschusssitzung am 19.02.2015 und die aus den Fachausschüssen in einer Gesamtberatung am 03.03.2015 vorzunehmen.

Der aktuelle Schuldenstand hängt dem Protokoll an.

zu 4.2 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

Der Kreispräsident erklärt, dass sich der Ältestenrat bereits damit einverstanden erklärt habe, dass Kreis eine positive Stellungnahme zu den Olympischen Spielen in Hamburg 2024/2028 abgeben wolle. Dieses müsse zeitnah geschehen und wäre effektivsten, wenn es zusammen mit anderen Kreisen geschehe. Der Landrat ergänzt, dass Mitte März entschieden werde, ob Deutschland sich mit Hamburg oder Berlin bewerben werde. Die Ausrichtung hätte positive Auswirkungen für den Kreis. Nachdem Frau Lessing erklärt, dass einige Kommunen bereits tätig geworden seien und sie gedacht habe, der Kreis hätte dies auch getan, spricht sich der Ausschuss dafür aus.

Zu der geplanten Informationsreise der Kreistagsabgeordneten nach Brüssel sei der Zeitpunkt vom 02.06. bis zum 05.05.2015 festgelegt worden. Der Organisationsvermerk werde per Mail versandt. Derzeit liefe die schriftliche Kontaktaufnahme zu den Ansprechpartnern in Brüssel. In ca. drei bis vier Wochen werde dann eine offizielle Einladung an die Abgeordneten verschickt.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Anfragen

Auf Nachfrage von Frau Marcussen erklärt der Landrat, dass die bisher noch ausstehenden Schulkostenbeiträge der Stadt Bad Bramstedt für die Jürgen-Fuhlendorf-Schule beim Kreis eingegangen seien.

Frau Grote appelliert an den Landrat, die Öffentlichkeitsarbeit des Kreises zu verbessern. So müsse die Problematik um die Ampel in Bad Segeberg anders gelöst werden. Der Landrat erklärt daraufhin, dass derzeit die Entscheidung des Innenministers ausstehe, ob eine Probephase durchgeführt werden solle.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Der Vorsitzende informiert, dass in der kommenden Sitzung die Budgets der Fachbereiche L und I behandelt werden sollen. In der anschließenden Sitzung am 03.03.2015 soll dann die gesamte Änderungsliste für den Haushalt und der Stellenplan beraten werden.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 7 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises/Arbeitskreis Beteiligungsmanagement

Der Landrat berichtet aus den Beteiligungen und gibt den entsprechenden Vermerk zu Protokoll.

zu 8 WKS GmbH (Jahresabschluss 2013, Nachtragswirtschaftsplan 2014, Wirtschaftsplan 2015)
Vorlage: DrS/2014/244

Herr Graumann informiert zunächst, dass die Fertigstellung des Jahresabschlusses 2013 einige Zeit in Anspruch genommen habe, da die Zahlungsströme der Ausschüttung nicht geklärt gewesen seien. Dieses sei aber jetzt geklärt (vgl. Berichte unter TOP 7 und TOP 9).
Des Weiteren erklärt Herr Graumann die in der Vorlage dargestellten Gründe für den Nachtragswirtschaftsplan 2014. Für den Wirtschaftsplan 2015 seien wie vom Ausschuss gewünscht Mittel für eine Vorstudie für ein Tourismuskonzept eingeplant.

Beschlussvorschlag:
Der Hauptausschuss
a. stimmt dem Nachtragswirtschaftsplan 2014 (Anlage 1) und dem Wirtschaftsplan 2015 (Anlage 2) der WKS GmbH in der vom Aufsichtsrat der WKS GmbH am 15.12.2014 genehmigten Fassung zu
b. nimmt den von der WKS-Gesellschafterversammlung am 15.12.2014 festgestellten Jahresabschluss 2013 der WKS GmbH (Anlage 3) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig
Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 9 Ausschüttungen WKS GmbH und KSB GmbH (für 2013)
Vorlage: DrS/2014/240

Der Vorsitzende verweist auf die Ausführungen des Landrates zum TOP 7 und erklärt, dass dieser TOP damit abgehandelt sei.

Beschlussvorschlag:
Der Hauptausschuss beschließt:
1. Herr Landrat Schröder als bevollmächtigter Gesellschaftervertreter der KSB GmbH in der Gesellschafterversammlung der WKS GmbH wird nachträglich bevollmächtigt, folgendem WKS-Gesellschafterbeschluss zuzustimmen:
   Die WKS GmbH schüttet einen Betrag in Höhe von **59.245,86 €** an die KSB Verwaltungsgesellschaft mbH aus.

2. Herr Landrat Schröder wird als Gesellschaftervertreter der KSB GmbH nachträglich bevollmächtigt, folgendem Gesellschafterbeschluss der KSB Verwaltungsgesellschaft mbH zuzustimmen:
   Die KSB Verwaltungsgesellschaft mbH schüttet einen Betrag in Höhe von **39.102,27 €** an den Kreis Segeberg aus.

Abstimmungsergebnis:
Der Vorsitzende erklärt, dass sich der Ausschuss unter TOP 7 nach den entsprechenden Ausführungen einverstanden erklärt habe.

zu 10 Wirtschaftsplan 2015 und Nachtrag Wirtschaftsplan 2014 der KSB GmbH
Vorlage: DrS/2014/243

Frau Moser stellt den Wirtschaftsplan vor und erklärt, dass die Ausschüttung wie im Vermerk unter TOP 7 beschrieben vorgenommen werden soll. Anschließend stellt der Vorsitzende die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:
Der Hauptausschuss
1. nimmt den Bericht zum Wirtschaftsplan 2014 der Gesellschaft zur Kenntnis

2. genehmigt den Wirtschaftsplan 2015 der KSB Verwaltungsgesellschaft mbH gem. Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig
Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 11 Stellvertretende Verwaltungsratsmitglieder BBZ Bad Segeberg AöR und BBZ Norderstedt AöR
Vorlage: DrS/2014/241

Der Vorsitzende spricht sich für die Alternative 1 der Vorlage aus und nachdem sich der Ausschuss hiermit einverstanden erklärt und nach einem Meinungsaustausch über die Anzahl der Stellvertreter, einigt sich der Ausschuss darauf, einen Pool nach den Mehrheitsverhältnissen im Kreistag zu errichten. Die CDU-Fraktion soll daher drei, die SPD-Fraktion zwei und die Fraktion Die Grünen einen Stellvertreter namentlich bis zur Sitzung des Kreistages am 05.03.2015 benennen.

Beschlussvorschlag:
Der Hauptausschuss beschließt:

Alternative 1
Zu den vom Kreistag am 20.6.2013 bestimmten 8 stimmberechtigten Mitgliedern des Verwaltungsrates des BBZ Bad Segeberg AöR und BBZ Norderstedt AöR werden 6 Stellvertreter (3 von der CDU-Fraktion, 2 von der SPD-Fraktion und einer von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) im Teilnahme- und Stimmrecht bestimmt.

Soweit erforderlich, werden konkretisierende Regelungen zu dieser Stellvertretung in der Satzung aufgenommen bzw. bestehende Texte angepasst. Die Verwaltung wird hierzu einen Vorschlag erarbeiten.

Die pädagogischen Konferenzen beider BBZs werden gebeten mitzuteilen, ob sie ebenfalls zu den jeweils 2 stimmberechtigten Mitgliedern Stellvertreter im Teilnahme- und Stimmrecht vorschlagen wollen, die dann vom Kreistag bestätigt werden würden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig
Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: 1

zu 12 Ruhegehaltfähige Dienstzeit des Landrates Jan Peter Schröder
Vorlage: DrS/2015/001

Nachdem Herr Hilmer Frau Lessing auf Nachfrage einen Teil der Berechnung erläutert, stellt der Vorsitzende die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:
Für den Landrat Jan Peter Schröder werden die folgenden Zeiten – unter dem Vorbehalt des Gleichbleibens der bestehenden Rechtslage – nach den genannten Kann-Vorschriften gemäß §§ 77 Abs. 9 Satz 2 in Verbindung mit 56 Abs. 1 Satz 1 sowie Abs. 2 Satz 2 Beamtenversorgungsgesetz Schleswig-Holstein – SHBeamtVG – als ruhegehaltfähige Dienstzeit anerkannt:

SHBeamtVG	vom	bis	als	Jahre	Tage
§§ 77 Abs. 9	07.06.1993	11.08.1993	Student	-	66
§§ 77 Abs. 9	01.12.1993	29.07.1994	Angestellter	-	241
§§ 77 Abs. 9	18.10.1996	27.01.1997	Assessor	-	102
§§ 11 Abs. 1 Nr. 1 a	28.01.1997	30.04.1998	Rechtsanwalt	-	229
§§ 77 Abs. 9	28.01.1997	30.04.1998	Rechtsanwalt	-	229

§§ 77 Abs. 9	01.05.2000	31.07.2002	Angestellter	2	92
				2	959
oder				4	229

Abstimmungsergebnis:
einstimmig
Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 13 Externe Beratung Zins- und Schuldenmanagement
Vorlage: DrS/2015/020

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:
Der Hauptausschuss beschließt, der Kreis wird einen Schulden-Portfolio-Management-Vertrag mit der Commerzbank AG über weitere drei Jahre, ab dem 01.02.2015 bis zum 31.01.2018, abschließen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig
Zustimmung: 10 Ablehnung: - Enthaltung: 2

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Henning Wulf
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Harder
(Protokollführung)